

MISZELLEN

»Ein Mahnmal für die Freiheit« Die Gleichschaltung der Ost-CDU aus der Sicht des Eichsfelder Christdemokraten Hugo Dornhofer

Von Thomas Speckmann

I.

Zu den bekannten Repräsentanten der christlich-demokratischen Gewerkschafter und Politiker Deutschlands gehörte Hugo Dornhofer nicht. Auch in Thüringen, seiner wichtigsten Wirkstätte, weiß man heute nur wenig über ihn. Sein Leben gerät in Vergessenheit, obwohl es in mancherlei Hinsicht bemerkenswert war, denn Dornhofer ist vieles von dem widerfahren, was seine Zeit an Hoffnungen, an Ungerechtigkeit und Brutalität bereit hielt. Sein Lebensweg bündelt beispielhaft ein deutsches Schicksal vor dem Hintergrund der totalitären Erfahrungen des zwanzigsten Jahrhunderts, wobei vor allem Dornhofers kompromissloser Widerstand gegen die Gleichschaltung der Parteien in der SBZ/DDR als eine rühmliche Ausnahme zu gelten hat, da auch in der Ost-CDU teilweise eine Bereitschaft zur Anpassung gegenüber dem SED-Regime verbreitet war.¹

Hugo Dornhofer wurde am 14. November 1896 in der Steiermark geboren; als Sohn eines Straßenwärters wuchs er in Oberfeistritz auf, erlernte das Tischlerhandwerk und diente im Ersten Weltkrieg an der Alpenfront. Zurück aus der Kriegsgefangenschaft, arbeitete er 1920/21 als Sekretär bei den Christlichen Gewerkschaften in Graz und Klagenfurt. 1921 zog er nach Heiligenstadt in die Heimat seiner Frau und war dort von 1923 bis 1924 als Bezirkssekretär des Zentralverbandes der Landarbeiter in Heiligenstadt sowie ab 1926 in gleicher Stellung für die Christlichen Tabakarbeiter tätig. Nachdem die Nationalsozialisten 1933 die Macht ergriffen und die Gewerkschaften aufgelöst hatten, wurde Dornhofer entlassen, war einige Zeit arbeitslos und während des Krieges als Bauaufseher im Konzentrationslager Mittelbau-Dora zwangsverpflichtet. Nach Kriegsende beteiligte er sich maßgeblich am Aufbau der CDUD in

1 Über das Leben und Werk von Hugo Dornhofer hat der Autor eine Dissertation verfasst, die mit dem Förderpreis der Präsidentin des Thüringer Landtags für Arbeiten zum Parlamentarismus 1999 ausgezeichnet worden ist: *Hugo Dornhofer. Biographische Studien 1896–1977*, Jena/Rudolstadt 2003.

Thüringen, speziell im Eichsfeld. In der Folgezeit wurden ihm zahlreiche Aufgaben übertragen: Dornhofer wurde mehrfach zum Vorsitzenden des Kreisverbandes Worbis gewählt, war stellvertretender und zeitweise amtierender Vorsitzender des Thüringer Landesverbandes, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Heiligenstadt, dort auch Vorsitzender des antifaschistischen Ausschusses im Block demokratischer Parteien, Mitglied und Vorsitzender des Kreisbeirates und der beratenden Kreisversammlung, dann des Kreistages im Landkreis Worbis, Mitglied im Hauptausschuss der Ost-CDU und Abgeordneter im Weimarer Landtag, dort Mitglied im Ältestenrat, im Rechts- und Rekursausschuss sowie Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Volksfürsorge, schließlich Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Einheitsgewerkschaft im Eichsfeld und Verwaltungsdirektor der AOK, danach der Sozialversicherungskasse in Heiligenstadt.

Unter Dornhofers Leitung wurde die Union im Kreis Eichsfeld zur stärksten politischen Kraft mit rund 7.000 Parteimitgliedern. Bei den ersten Wahlen im Herbst 1946 errang die CDUD eine Zweidrittelmehrheit. Aufgrund seiner Weigerung, sich dem »fortschrittlichen«, SED-konformen Kurs seiner Parteiführung anzuschließen, geriet Dornhofer wiederholt mit Sowjets und »Sozialisten« in Konflikt, wurde verleumdet und wegen seiner Bekenntnisse zum bereits abgesetzten Jakob Kaiser, dem ehemaligen Parteivorsitzenden der Ost-CDU, durch die Staatssicherheit am 26. Juli 1952 verhaftet. Nach monatelanger Untersuchungshaft verurteilte ihn am 4. März 1953 ein politisches Tribunal in Erfurt zu zwölf, seinen Sohn Ignaz im Sinne von Sippenhaft zu sechs Jahren Zuchthaus, die sie in den Strafvollzugsanstalten Untermaßfeld und Waldheim antraten. Bereits 1956 wurden sie jedoch infolge einer Amnestie entlassen. Anstatt in den Westen zu wechseln, blieb Hugo Dornhofer in Heiligenstadt, wo er nach mehreren Krankenhausaufenthalten, gezeichnet von den während der Haft erlittenen Strapazen, am 5. April 1977 starb.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Landespolitikern stammte Dornhofer aus einfachsten Verhältnissen. Weil, hierfür untypisch, ein umfangreicher Nachlass im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin erhalten ist, kann Dornhofers politische Sozialisation im Arbeitermilieu, die ihn in die christliche Gewerkschaftsbewegung und die Landespolitik Thüringens führte, nachvollzogen werden. Außerdem ist es möglich, den Schock des Ersten Weltkrieges und die Erfahrung der Verfolgung durch die NS-Diktatur aus der Perspektive des »kleinen Mannes« zu erfassen, der in Dornhofers Fall jedoch politisches Bewusstsein und eine dementsprechende Praxis entwickelte. Die Politik der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland und das Funktionieren des Repressionsapparates der DDR lassen sich aus dem Blickwinkel eines Landespolitikers und schließlich relativ prominenten Opfers verfolgen. Insbesondere bei Dornhofers unveröffentlichten Tagebüchern beziehungsweise Memoiren der Jahre 1919 bis

1958 handelt es sich um ein seltenes Dokument, sind reflektierende Selbstzeugnisse doch meist nur in den oberen Gesellschaftsschichten zu finden. Wertvoll sind diese Dokumente auch daher, weil Dornhofers ausführliche Aufzeichnungen mit ihren 68 überlieferten Bänden und zahlreichen Ergänzungen es erlauben, die politische Wahrnehmung und Selbstdeutung eines Vertreters des christlichen Gewerkschaftsmilieus zu untersuchen, der sich weniger durch seine intellektuelle Originalität als durch seine Rolle als Rezipient auszeichnet, in dessen Denkhaltungen und Einstellungen sich die Umbrüche von vier Epochen deutscher Geschichte spiegeln. Unverzichtbar für alle Versuche, Dornhofers soziales Verhalten, Erfahrungszusammenhänge und Lebenswelten zu rekonstruieren, erweisen sich seine Zeugnisse der Selbstwahrnehmung als zentrale Quelle und eröffnen neue Zugänge, um Dornhofer nicht nur als historischen Akteur, sondern auch als empfindende, wahrnehmende und leidende Person zu zeigen.

Bei der Lektüre der Tagebücher fallen zwei Dinge ins Auge: Zum einen ist Dornhofer kein Freund von knappen, kurzen Darstellungen. Seine Gedankengänge und Schilderungen sind stets reich an vielen Beispielen und langatmigen Beschreibungen von oftmals trivialen Vorgängen politischer, gelegentlich auch privater Art. Zum anderen kommt bei Dornhofer der Verdacht auf, dass er seine eigene Person im Gegensatz zu seiner Umgebung wesentlich unreflektierter wahrnimmt, als es geboten wäre. Keine Lage, keine Situation, die er in seinem Leben nicht geradezu ritterlich gemeistert hätte. Die Fähigkeit zur Selbstkritik erscheint nicht sonderlich groß. Diese Leseindrücke stützen die Vermutung, dass Dornhofer seine Tagebücher verfasst hat, um seine politischen Niederlagen zu verarbeiten und seine diesbezüglichen Minderwertigkeitsgefühle zu verdrängen. Der selbstgefällige Stil und die häufige Erwähnung, wie überwältigend er auf seine politischen Gegner und Freunde gewirkt habe, deuten auf eine solche Funktion der Selbstbestätigung hin.

II.

Als Gründungstag des Eichsfelder Kreisverbandes der CDUD gilt der 29. August 1945.² Durch die amerikanische Besetzung von Thüringen, Teilen Sachsens und Sachsen-Anhalts hatte sich hier die Zulassung von politischen Parteien im Vergleich zur übrigen SBZ um rund sechs Wochen verzögert. Dass die Gründung der Ost-CDU im Eichsfeld auf große Resonanz stieß, hatte sie der aktiven Unterstützung durch den Klerus und der Beteiligung ehemaliger Zentrumspolitiker zu verdanken, die in der Region bekannte Persönlichkeiten waren. Das Zusammentreffen von Katholizismus, Kirche und CDUD war hier

² Vgl. Hugo Dornhofer, Schreiben an Aloys Schaefer, 15. August 1946 (Kopie), Privatarchiv Aloys Schaefer.

besonders konzentriert. Bald bildeten die Eichsfelder Christdemokraten nicht nur in Thüringen, sondern in der gesamten SBZ den mit Abstand stärksten Kreisverband der Union. Ende 1945 stammten rund 26 Prozent aller Parteimitglieder der Ost-CDU aus dieser Region, Ende 1946 immerhin noch rund 15 Prozent.³

Die soziale Struktur des Eichsfeldes stellt den Musterfall eines »sozialmoralischen Milieus« dar, wie ihn M. Rainer Lepsius definiert hat: ein Sozialgebilde innerhalb eines abgegrenzten Raumes, durch ein Glaubens- und Wertesystem konstituiert und aufrechterhalten, was die »moralische« Komponente ausmacht; eine Subkultur innerhalb einer Gesellschaft, die sich als »Gesinnungsgemeinschaft« versteht und sich durch gemeinsame wirtschaftliche und politische Interessen, gemeinsame Normen sowie Kommunikations- und Lebensformen auszeichnet.⁴ Charakteristisch für sozialmoralische Milieus, wie es auch das katholische Arbeitermilieu darstellte, war die hohe Dichte der Kommunikation und der Sozialbeziehungen unter ihren Mitgliedern in Form eines umfassenden Vereinswesens und einer differenzierten eigenen Presse. Das Umfeld des katholischen Milieus wurde durch das zugehörige Verbandswesen sowie durch eine eigene Partei, das Zentrum, erheblich beeinflusst.⁵

Dass Dornhofer das Eichsfeld unmittelbar an seine ebenfalls stark katholisch geprägte steirische Heimat erinnerte, ist auf die analogen Milieustrukturen seines neuen Lebensumfeldes zurückzuführen, die ihm das Einleben sehr erleichtert haben dürften.⁶ Heiligenstadt, der administrative und kulturelle Mittelpunkt des östlichen Eichsfeldes, verkörperte die dortige Mentalität in besonderer Weise. Angefangen bei Orden und Bildungsinstitutionen bis hin zu karitativen Organisationen lagen hier katholische Einrichtungen in seltener Dichte beieinander. Insofern konnte sich Dornhofer als Teil eines recht homogenen katholischen Mehrheitsmilieus betrachten, das ein geschlossenes Siedlungsgebiet von drei, nach der deutschen Teilung von zwei Landkreisen mit mehr als 100.000 Einwohnern auf dem Territorium der DDR umfasste und im intensiven Austausch mit den großen katholischen Mehrheitsgebieten

3 Vgl. Markus KIEFER, *Gründung und Anfänge der CDU in Thüringen (1945–1952)*, Erfurt 1995, S. 60.

4 Vgl. M. Rainer LEPSIUS, *Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: Gerhard A. RITTER (Hg.): *Die deutschen Parteien vor 1918*, Köln 1973, S. 56–80.

5 Vgl. Thomas NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 1: *Arbeitswelt und Bürgergeist*, München 1998, S. 428–468, 801.

6 In der Weimarer Republik lag der Katholikenanteil im Kreis Heiligenstadt bei 91,4 %, 1946 immerhin noch bei 86,2 % und selbst zu DDR-Zeiten 1986 bei 85,1 %. Vgl. Ulrich HESS, *Die Reichstagswahlen in den nordthüringischen Wahlkreisen 1867 bis 1918*, in: *Eichsfelder Heimathefte*, Jg. 12 (1972), Nr. 3, S. 224–241 und Nr. 4, S. 325–348; Thomas KLEMM, »Städte in Deutschland. Vom Armenhaus Preußens zum Kurort. Heiligenstadt im Eichsfeld. Der Mittelpunkt der Bundesrepublik«, in: FAZ, Nr. 246, 22. Oktober 1996.

im Westen Deutschlands stand, vor allem mit Westfalen und dem Rheinland. Der Bezirk des Erfurter Generalvikariats sollte dabei das einzige Jurisdiktionsgebiet innerhalb der DDR bilden, das zwei namhafte Distrikte mit geschlossener katholischer Bevölkerung besaß: das Eichsfeld mit 140.000 und die Rhön mit 40.000 Gläubigen.⁷

Bei dem Bild der katholischen Trutzburg, das Dornhofer von »seinem« Eichsfeld zeichnet, handelt es sich um eine Mischung aus Legendenbildung und historischer Wahrheit: Auf dem Eichsfeld fand der radikale Nachkriegs-Nationalismus, der in der Versailler Ordnung ein schreckliches Unrecht sah, eine große Anhängerschaft. Sowohl das traditionelle Vereinswesen als auch die »gebildeten Kreise« hingen einem »vaterländischen« Stil an, der kaum von katholischen Eigenarten geprägt war und nach der Machtergreifung eine Anpassung an die Rhetorik des Nationalsozialismus erlaubte. Lediglich der konfessionellen Ursubstanz war es zu verdanken, dass sich das katholische Milieu unter dem Eindruck von totaler Niederlage und sozialer Not der Nachkriegszeit letztlich auf die supranationalen Wurzeln des katholischen Universalismus zurückbesinnen konnte, nachdem es sich während des Zweiten Weltkrieges schleichend »nationalisiert« hatte.

Deshalb ist es vielmehr der Oppositionsbonus, von dem der weltkirchlich wiederbelebte Katholizismus zu DDR-Zeiten profitierte und der das katholische Milieu zu einem Sammelbecken erweiterte, in dem sich auch nichtreligiöse Empfindungen artikulieren konnten, angefangen von der Kritik an alltäglichen Missständen bis hin zum ideologisch verbotenen Blick nach Westen. Somit stellte nicht die über vierzigjährige SED-Diktatur die schwerste Herausforderung für das katholische Milieu dar, sondern die Weimarer Republik und das Dritte Reich. Nicht die taktische Anpassung an die Machtverhältnisse während der SED-Herrschaft hatte der katholischen Identität am nachhaltigsten zugesetzt, sondern die nationalreligiöse Überhöhung des Deutschtums.⁸

Wie in der übrigen SBZ war auch im Eichsfeld die Parteipolitik der sowjetischen Kommandanturen von Willkür geprägt. Es war an der Tagesordnung, dass die SMATH von der Kreiskommandantur genehmigte Versammlungen der CDUD aus unbestimmten Gründen kurz vor Beginn verbot. Hinzu kam die Zensur von Plakaten, Flugblättern und Reden. Die Referenten hatten ihre Manuskripte einige Tage vor der Veranstaltung ausformuliert bei der SMATH

7 Vgl. Dietmar KLENKE, *Katholisches Milieu im östlichen Eichsfeld (Heiligenstadt)*, unveröffentlichtes Manuskript.

8 Vgl. Dietmar KLENKE, *Überlebenstechniken des Eichsfelder Katholizismus unter den deutschen Diktaturen: Identitätssicherung oder Selbstaufgabe?*, in: Tobias DÜRR/Franz WALTER (Hg.), *Solidargemeinschaft und fragmentierte Gesellschaft: Parteien, Milieus und Verbände im Vergleich*, Opladen 1999, S. 110.

einzureichen und durften von den gegengezeichneten Texten nicht abweichen.⁹ Neue Parteimitglieder durften nur im Rahmen von regulären Mitgliederversammlungen oder in der Geschäftsstelle der Union aufgenommen werden. Um die Bevölkerung einzuschüchtern und von einem Beitritt abzuhalten, hatte die SMATH eine regelmäßige Vorlage der Mitgliederlisten angeordnet.¹⁰ Dennoch wuchs die Eichsfelder CDUD im Laufe des Jahres 1946 auf mehr als 6.500 Mitglieder in über hundert Ortsgruppen an.¹¹ Die Strategie der Christdemokraten, sich beiden Konfessionen und allen Bevölkerungsschichten gleichermaßen zu öffnen, zeigte Erfolg.

Ungeachtet ihrer offiziellen Zulassung neben LDPD und SED war die CDUD vor den Gemeindewahlen am 8. September 1946 im Kreis Eichsfeld schwersten Behinderungen ausgesetzt. Wie in der übrigen SBZ dachte die SMAD bei den Vorbereitungen zu den Herbstwahlen zu keinem Zeitpunkt daran, den bürgerlichen Parteien auch nur die geringste Chance für eine ernsthafte oder gar mit der SED gleichberechtigte Wahlkampfführung zu lassen. Bei den Wahlveranstaltungen bereitete die SMATH der Union Schwierigkeiten, wo sie nur konnte. Die Versammlungspläne mussten mit Angabe von Termin, Ort und Redner genehmigt werden. Einschüchterungen missliebiger Kandidaten, Nichtzuteilungen von Papier für Plakate und Zeitungen sowie Auflösungen einzelner Ortsgruppen waren die Regel. Da die sowjetische Besatzungsmacht die Zulassung von CDUD- und LDPD-Parteigruppen systematisch unterband, mussten berechtigte Zweifel am demokratischen Charakter der anstehenden Wahlen aufkommen.¹²

Die Repressionen der SMATH richteten sich auch direkt gegen aktive Parteimitglieder. Verhaftungen wegen »propagandistischer Tätigkeit für die CDUD« waren an der Tagesordnung. Erst eine Woche vor den Wahlen durften die Christdemokraten öffentlich mit Plakaten werben. Während die SED-Lokalzeitung »Das Volk« dank logistischer Unterstützung von seiten der Sowjets täglich in hoher Auflage erscheinen konnte, wurden die »Eichsfelder Nachrichten«, das Presseorgan der Union, kurzerhand verboten.¹³ Die SMATH befahl die Vorlage von Kandidatenlisten innerhalb von drei Tagen. Zugleich wurden alle Fahrzeuge der CDUD beschlagnahmt und die Lizenzverteilung für

9 Vgl. KIEFER (wie Anm. 3), S. 45ff.

10 Vgl. HEINZ SIEBERT, *Das Eichsfeld unter dem Sowjetstern*, Duderstadt 1992, S. 131.

11 Vgl. Mitgliederstatistik des CDUD-Kreisverbandes Eichsfeld, 24. September 1946 (Kopie), Privataarchiv Aloys Schaefer.

12 Vgl. STEFAN CREUZBERGER, *Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ*, Weimar 1996, S. 44–76.

13 Vgl. STEFAN BOBROWSKI, *Politische und soziale Mechanismen bei der Elimination und Integration von »bürgerlichen« Parteien in der Volksdemokratie der SBZ/DDR 1945 bis 1952. Gezeigt am Beispiel der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD). Methoden der Gleichschaltung*, Göttingen 1988, S. 144ff.

Ortsgruppen ausgesetzt. Verzögerte sich hierdurch die Abgabe der Listen, wurden diese zurückgewiesen. Die Christdemokraten zeigten sich aufgrund dieser Schikanen nicht in der Lage, in jeder Gemeinde eine Kandidatenliste zu stellen. Betroffen waren hiervon rund fünfzig Ortschaften, mehr als ein Drittel aller Gemeinden des Eichsfeldes.¹⁴ Ein Umstand, der zugleich den hohen Anteil von bis zu vierzig Prozent »ungültiger Stimmen« bei den Wahlen erklärt.¹⁵

Zwei Tage vor den Urnengängen verschärfen die Sozialisten noch einmal ihr Vorgehen gegenüber der Union. Am 6. September 1946 wurde der christdemokratische Landrat Aloys Schaefer von der SMATH der Sabotage beschuldigt und festgenommen. Als Kreiswahlleiter hatte er die von den Sowjets verlangte Aufstellung einer Einheitsliste des Antifa-Blocks als Verfälschung der Demokratisierungsbeschlüsse des Alliierten Kontrollrates abgelehnt und sich zugleich verstärkt dafür eingesetzt, die Beanstandungen der Kommandantur an den Wahllisten der Union zu beheben, da er allein dienstlich für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen zuständig war, zumal sich CDUD und LDPD auch auf Zonenebene gegen den Wunsch der SED nach einer Einheitsliste, wie sie ab 1951 normiert war, durchgesetzt hatten.¹⁶

Doch die Rechnung von Sozialisten und Sowjets ging nicht auf: Die Christdemokraten errangen einen überwältigenden Wahlsieg. Im Eichsfeld entfielen 63,7 Prozent der abgegebenen Stimmen auf die Union, in Heiligenstadt sogar 71 Prozent.¹⁷ Von den dreißig Sitzen der Stadtverordnetenversammlung erhielt die CDUD 22, die SED sieben und die LDPD einen.¹⁸

Das Ergebnis der Gemeindewahlen vom 8. September 1946 hatte für die zukünftige politische Entwicklung des Eichsfeldes eine besondere Relevanz: In über achtzig Orten hatten die Christdemokraten die Bürgermeister zu stellen. Da sich nach diesen ersten und zugleich auch letzten Kommunalwahlen in der SBZ/DDR die parteipolitische Zusammensetzung der Gemeindevertretungen nicht mehr entscheidend veränderte und durch die Gleichschaltung der Blockparteien Anfang der fünfziger Jahre auch ihre ursprüngliche Bedeutung verlor, wurde die Besetzung der Bürgermeisterstellen durch Vertreter der Union bis zur Wende 1989 überwiegend so belassen, wie sie sich durch die Wahlen von 1946 ergeben hatte. Eine andere Partei sollte in Zukunft nur dann den

14 Vgl. SIEBERT (wie Anm. 10), S. 113.

15 Vgl. Bruno DÖRPINGHAUS, *Der Wahlkampf der CDU im Kreise Eichsfeld (Ostzone)*, in: *CDU-Mitteilungen Groß-Hessen*, Jg. 1, Nr. 26/27, Frankfurt/M., 25. November 1946 (Privatarchiv Aloys Schaefer).

16 Vgl. »Landrat Dr. Schaefer verhaftet! Gestern, am Freitag, dem 6. September, wurde Landrat Dr. Schaefer verhaftet. Die Bevölkerung fragt sich, warum?«. Flugblatt des SED-Kreisvorstandes Eichsfeld (Ebd.).

17 Vgl. Gemeindeabteilung, Ergebnisse der Gemeindewahlen, 8. September 1946 (Thüringisches Staatsarchiv Gotha, Kreisrat des Landkreises Worbis, 319).

18 Vgl. SIEBERT (wie Anm. 10), S. 111–114, 129.

Nachfolger stellen, wenn aus den Reihen der Christdemokraten kein Kandidat zur Verfügung stand.¹⁹ Heiligenstadts Bürgermeister blieb der 1945 von den Sowjets eingesetzte Hugo Dietrich. Nach seinem Tod am 29. März 1947 wurde Karl Jünemann (ebenfalls CDUD) zum neuen Bürgermeister gewählt.²⁰ Im Gegensatz zu Dietrich zählte Jünemann jedoch zum »fortschrittlichen« Kreis innerhalb der Union, der zu uneingeschränkter Kooperation mit der SED bereit war und deren jeweilige Vorgaben aus opportunistischen Gründen akzeptierte. Dementsprechend gab Jünemann die Verpflichtung ab, »im Sinne der Blockpolitik für die gesellschaftliche Neuorientierung zu arbeiten«.²¹

Die Reaktion der SED auf ihre Niederlage an den Urnen ließ nicht lange auf sich warten. Einen Tag nach der Wahl 1946 wurden 13 Ortsvorsitzende der CDUD und fünf Geistliche ohne Angabe von Gründen inhaftiert.²² Um die thüringische Hochburg der Christdemokraten verwaltungstechnisch zu zerschlagen und damit auch die Parteistruktur der Union auf dem Eichsfeld zu schädigen, lösten die Sowjets den Kreis Eichsfeld am 21. September 1946 auf. Ein Teil fiel an Mühlhausen, ein anderer an Nordhausen.²³ Insgesamt wurden 22 Gemeinden abgetrennt, die Kreise Heiligenstadt und Worbis neu geschaffen.²⁴

Zur Strafe für ihr nicht SED-konformes Wahlverhalten wurden die Bauern des alten Kreises Eichsfeld mit einer Sonderablieferung belegt. Die Abgabe der landwirtschaftlichen Produkte hatte am Sonntag nach der Wahl während der Gottesdienstzeiten zu erfolgen. Landwirte, die der SED angehörten, waren von der Abgabe befreit.²⁵ Als personelle Konsequenz des Wahlausgangs wurde Probst Josef Streb als höchster katholischer Würdenträger des Eichsfeldes und Mitbegründer der CDUD von den Sowjets vor die Wahl gestellt, entweder aus der Union auszutreten oder sein Amt als Bischöflicher Kommissarius in Heiligenstadt niederzulegen. SMAD und SED beschuldigten die katholische Kirche sowohl einer früheren Kooperation mit dem NS-Regime als auch eines

19 Vgl. BOBROWSKI (wie Anm. 13), S. 148.

20 Vgl. Protokoll der Stadtverordnetenversammlung, 16. Mai 1947, Stadtarchiv Heiligenstadt, I-26a.

21 Vgl. Karl JÜNEMANN, *Das Neue und Schöne wuchs auch im Eichsfeld*, in: *Eichsfelder Heimathefte*, Jg. 18, Nr. 3 (1978), S. 208.

22 Vgl. DÖRPINGHAUS (wie Anm. 15).

23 Vgl. Landrat, Begrenzung der Verwaltungsbezirke 1945/46 (Thüringisches Staatsarchiv Gotha, Kreisrat des Landkreises Worbis, 338); Landrat, Veränderungen der Kreisgrenzen des Landkreises Worbis 1946/47 (Ebd., 37).

24 Vgl. Egon GROHMANN/Martin FISCHER, *30 Jahre sozialistische Eichsfeldkreise Heiligenstadt und Worbis. Beitrag zur Verwaltungs- und Behördengeschichte des ehemaligen Kreises »Eichsfeld« und des »Landkreises Worbis mit Sitz in Heiligenstadt« sowie zur Neubildung beider Kreise im Jahre 1952*, in: *Eichsfelder Heimathefte*, Jg. 22, Nr. 3 (1982), S. 201.

25 Vgl. DÖRPINGHAUS (wie Anm. 15).

parteipolitischen Engagements für die CDUD.²⁶ Streb entschied sich, die Partei zu verlassen.²⁷

Im Herbst 1946 sollte die von der SMATH eingesetzte Verwaltung Thüringens durch Wahlen in ihrer Arbeit legitimiert werden. Die Kreis- und Landtagswahlen am 20. Oktober waren die einzigen in der Geschichte der SBZ, die annähernd nach demokratischen Grundsätzen abliefen. Sie waren zugleich die entscheidende Bewährungsprobe für die SED, die sich mit Hilfe der Sowjets alle bedeutenden Positionen in den Verwaltungsorganen gesichert hatte.

Der Wahlgang im Oktober bestätigte das Ergebnis der Gemeindewahlen. Erneut erzielte Dornhofers Kreisverband eine Mehrheit von über sechzig Prozent und erreichte damit das beste Ergebnis aller CDUD-Kreisverbände Thüringens und der übrigen SBZ, wo die Union im Durchschnitt auf 18,9 beziehungsweise 24,5 Prozent gekommen war.²⁸ Bei den Landtagswahlen knüpfte die Partei mit einem Stimmenanteil von 65 Prozent im Eichsfeld an Ergebnisse des katholischen Vorläufers an (bei den Reichstagswahlen 1928 erreichte die Zentrumspartei 61,8 Prozent).²⁹ Obwohl sich die Bevölkerungsstruktur der Region durch Binnenwanderung und den Zuzug von Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten deutlich gewandelt hatte,³⁰ blieb das katholische Milieu nach den nationalsozialistischen und kommunistischen Gleichschaltungsbemühungen nicht zuletzt deshalb dominant, weil die Unionsparole eines sozialen Neubeginns auf christlicher Basis überzeugend wirkte. Katholische, bürgerliche und nationale Identitäten bildeten eine Abwehrfront gegenüber den Herrschaftsansprüchen von Sowjets und Sozialisten. In den katholischen Arbeitervereinen, bei vielen ehemaligen Mitgliedern des Zentrums und auch bei der protestantischen Minderheit auf dem Eichsfeld hatte diese Zeitströmung Anklang gefunden.³¹

26 Vgl. Wolfgang KNAUFT, *Katholische Kirche in der DDR. Gemeinden in der Bewährung 1945–1980*, Mainz 1981, S. 9–86; Reinhard HENKYS, *Staat und Kirchen in der DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 2/85, 12. Januar 1985, S. 25–38.

27 Vgl. SIEBERT (wie Anm. 10), S. 132.

28 Vgl. BOBROWSKI (wie Anm. 13), S. 151.

29 Vgl. Johannes MÜLLER, *Das Eichsfeld*, in: *Eichsfelder Heimatstimmen*, Jg. 25, Nr. 1 (1981), S. 23.

30 Der Landkreis Eichsfeld zählte bei Kriegsende rund 100.000 Einwohner. Hinzu kamen 10.000 Evakuierte aus dem Westen und 20.000 Flüchtlinge aus dem Osten Deutschlands. Durch den Bevölkerungsaustausch zwischen den alliierten Besatzungszonen mussten rund zwei Millionen Menschen durch das Eichsfeld geschleust werden. Vgl. Andreas DORNHEIM, *Thüringen: territorial und politisch-kulturell zersplittert. Ein Land mit liberalen, konservativen, »roten« und »braunen« Traditionen*, in: *Der Bürger im Staat*, 43 (1993), S. 267f.; Jochen HARDT/Karl-Heinz HAJNA/Britta OLTMER, *Thüringen 1946: Freie Wahlen im Übergang vom Nationalsozialismus zum Kommunismus?*, in: Gunther MAI/Detlev HEIDEN (Hg.), *Nationalsozialismus in Thüringen*, Weimar 1995, S. 527f.

31 Vgl. KLENKE, *Katholisches Milieu* (wie Anm. 7).

Die CDUD zog mit 34 Mandaten in den Kreistag ein, die SED mit 14, die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe mit zwei.³² Worbis war der einzige Kreis in der SBZ, in dessen Kommunalparlament die Christdemokraten über eine absolute Mehrheit verfügten.³³ Verglichen mit den übrigen Kreisverbänden erreichten die Sozialisten ihr schlechtestes Wahlergebnis, das einzige mit einem Stimmenanteil von unter 30 Prozent. Die CDUD hatte mehr als das Doppelte der SED-Stimmen erzielt.³⁴

Im Eichsfeld brachte die Wahlniederlage der SED eine gewisse Beruhigung in der kommunalen Verwaltungsarbeit mit sich. Auf Kreisebene war den Sozialisten das Gesetz des Handelns genommen. In der Regel standen ihnen weder der Kreistag noch die Gemeindeparlamente noch die Kreisverwaltung zur Durchsetzung ihrer Politik zur Verfügung. Angesichts der Nähe des Eichsfeldes zur Zonengrenze, die in der Anfangsphase der SBZ noch nicht hermetisch abriegelt war, wahrte die SED nach außen ihr demokratisches Gesicht und verzichtete zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele auf offene Gewaltanwendung. Auch die SMATH und die Kreiskommandantur in Heiligenstadt hielten sich nun mit offenen Unterdrückungsmaßnahmen zurück, inszenierten aber zugleich einen Kleinkrieg gegen die CDUD, der seine Wirkung nicht verfehlte, während die SED ganz auf das Werben für die Blockpolitik setzte.³⁵

Infolge der tiefen katholischen Prägung und der in ihr verwurzelten eigenwilligen Mentalität der Eichsfelder Bevölkerung – inklusive der Kommunisten – spitzte sich die politische Praxis weniger zu als an anderen Orten und begründete so eine besondere politische Kultur innerhalb der SBZ. Allgemeine Faktoren wie der Umstand, dass der Führungsanspruch der SED noch nicht vollständig auf das stalinistische Vorbild fixiert war, die Sowjets sich im Hinblick auf ihr Ziel einer Einflussnahme in ganz Deutschland eine gewisse Zurückhaltung verschrieben und deshalb die ostentative »Zusammenarbeit« mit Repräsentanten des Bürgertums aus taktischen Gründen als wünschenswert galt, spielten hierbei aber sicherlich auch eine gewichtige Rolle. Sogar die von der SMATH aufgezwungene Kooperation von CDUD

32 Vgl. Ergebnisse der Kreistagswahl des Landkreises Worbis, 20. Oktober 1946 (Thüringisches Staatsarchiv Gotha, Kreisrat des Landkreises Worbis, 330).

33 Vgl. Vorbereitung und Auswertung der Wahlen zum Land- und Kreistag, 20. Oktober 1946 (Ebd., 105).

34 Vgl. Günter BRAUN, *Zur Entwicklung der Wahlen in der SBZ/DDR 1946–1950*, in: Hermann WEBER (Hg.), *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950*, Köln 1982, S. 545–562; Karl SCHMITT, *Politische Landschaften im Umbruch: Das Gebiet der ehemaligen DDR 1928–1990*, in: Oscar W. GABRIEL/Klaus G. TROITZSCH (Hg.), *Wahlen in Zeiten des Umbruchs*, Frankfurt/M. 1993, S. 403–441.

35 Vgl. SIEBERT (wie Anm. 10), S. 134.

mit KPD und SPD beziehungsweise späterer SED lief zunächst weitgehend konfliktfrei.

So kam es, dass die sozialistische Kreisorganisation zu Beginn der fünfziger Jahre von parteiinternen Auseinandersetzungen gelähmt wurde, die die Säuberung von nicht-linientreuen Mitgliedern mit sich brachten. Eine Kampagne, die sich auf dem Eichsfeld als ein äußerst schwieriges Unterfangen herausstellte, da der SED hier eine sozialistische Tradition fehlte – selbst 1958 waren noch rund achtzig Prozent der Kreisorganisation katholischer Konfession. Ähnlich wie bereits unter anderen Vorzeichen bei den Nationalsozialisten waren die gesinnungstreuen Parteigenossen meist Zugezogene, die sozial nicht mit Heiligenstadt verwurzelt waren.³⁶ Dies könnte auch erklären, warum die Vorsitzenden der KPD häufig wechselten und nach Karl Föllmer nur noch nicht aus dem Eichsfeld stammende, fremde und atheistisch geprägte Männer den Posten des KPD-Vorsitzenden besetzten. Die Machthaber der SED sollten auch auf dem Eichsfeld zu »Fremden im eigenen Land« werden. Ihre Herrschaft, von außen getragen und gestützt, konnte von innen letztlich nur durch Gewalt gesichert werden.³⁷

Dies zeigt, dass die SED wie zuvor die NSDAP ihren Führungsanspruch im Eichsfeld allein über systematischen Personalimport geltend machen konnte. In der Kreisverwaltung, der Parteibürokratie und der Polizei setzte sie vor allem Neubürger aus den katholischen Vertreibungsgebieten im Osten und Südosten ein, die sich nicht nur als Kommunisten bewährt hatten, sondern auch mit dem Katholizismus vertraut waren.³⁸ Dieser Kern gesinnungstreuer Nicht-Eichsfelder diente gleichsam als Brückenkopf, um ein staatsloyales Milieu zu installieren, das auf dem Betriebsleben der Industrie basierte, die ab den frühen fünfziger Jahren ausgebaut wurde.³⁹ Regimekritische CDUD-Funktionäre, die meist alteingesessene Eichsfelder Katholiken waren, verdrängte die SED bis 1953 aus den Leitungsstellen in der Stadt- und Kreisverwaltung.⁴⁰

Die außenpolitischen Entwicklungen des Ost-West-Konflikts und die sich vertiefende Spaltung Deutschlands beschnitten ab 1947 zunehmend den politischen Spielraum der Union in der SBZ. Obwohl mit nur einer Gegenstimme als Parteivorsitzender beim zweiten Zonenparteitag der Christdemokraten im September 1947 in Berlin bestätigt, machte sich Jakob Kaiser mit seinen antimarxistischen Stellungnahmen in seiner Partei nicht nur Freunde.

36 Vgl. KLENKE, *Katholisches Milieu* (wie Anm. 7).

37 Vgl. BOBROWSKI (wie Anm. 13), S. 142ff.; Johannes FREITAG, *Das Eichsfeld vor und nach der Wende*, in: *Unser Eichsfeld, Sonderheft zur Gründung des Vereins für eichsfeldische Heimatkunde* 1991, S. 22–25.

38 Vgl. KLENKE, *Katholisches Milieu* (wie Anm. 7).

39 Vgl. KLENKE, *Überlebenstechniken* (wie Anm. 8), S. 102.

40 Vgl. KLENKE, *Katholisches Milieu* (wie Anm. 7).

Unterstützt von der SMAD, brachten führende CDUD-Landespolitiker ihre Differenzen mit den politischen Grundauffassungen Kaisers offen in Presse und Rundfunk sowie in öffentlichen Reden zum Ausdruck. In Thüringen zählten zu diesem Kreis »fortschrittlicher« und dem politischen Kurs von SED und SMATH zugeneigter Kräfte der zweite Landesgeschäftsführer Walther Georg Rücker, der stellvertretende Landesvorsitzende Siegfried Trommsdorff und Wilhelm Bachem, ab 9. Oktober 1947 Thüringischer Minister für Verkehr.⁴¹

Angesichts der großen Konfliktbereitschaft und Widerstandskraft von Hugo Dornhofer sah die SMATH in ihm einen unbequemen Verhandlungspartner, den es auszuschalten galt. Vor allem mit seinen politischen Äußerungen stieß Dornhofer bei den Sowjets auf herbe Kritik. Seine Rede auf dem zweiten Zonenparteitag, in der er sich für den Kurs des Vorsitzenden Kaiser ausgesprochen hatte, forderte sie heraus. Hinzu kam das angespannte Verhältnis zu Gardegeneralmajor Iwan Sosonowitsch Kolesnitschenko, als Stellvertreter für zivile Angelegenheiten und Chef der Verwaltung der zweithöchste General der SMATH, aufgrund eines Disputs bezüglich der Geschäftsordnung des Landesverbandes. Dornhofer, der nach dem überraschenden Tod des Landesvorsitzenden Otto Schneider am 25. Juli 1947 dessen Geschäfte übernommen hatte, sollte dem Landesvorstand die Vollmachten eines Landesparteitages zugestehen. Damit hätte sich der Vorstand über Parteitagsbeschlüsse einfach hinwegsetzen und eigenständig in die Tagespolitik eingreifen können. Dornhofer wertete dies als einen Angriff auf die Demokratie und vereitelte den Versuch der Sowjets, die Befugnisse des Landesvorstandes auszuweihen.

Da sich Dornhofer auf einen starken Rückhalt an der Basis seiner Partei und in der demokratisch orientierten Bevölkerung stützen konnte, wollte es die SMATH nicht riskieren, ihn zu verhaften, geschweige denn öffentlich anzuklagen. Folglich suchte sie nach Gründen, die es ermöglichten, Dornhofer aus seinen Ämtern zu drängen. Da ihm die Sowjets weder eine belastende NS-Vergangenheit noch ein Vergehen seit 1945 nachweisen konnten, hielten sie Dornhofer in ihrer argumentativen Not vor, das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse verliehen bekommen zu haben und im Besitz eines Volksempfängers gewesen zu sein. Dies belege seine Verbundenheit mit dem Nationalsozialismus. Tatsächlich hatte die Familie Dornhofer von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt ein solches Gerät aufgrund ihres Kinderreichtums geschenkt bekommen. Das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse hatte Dornhofer lediglich erhalten, da er einer der Arbeiter war, die die meisten Überstunden leisteten, als im Jahre 1942 Auszeichnungen an die Beschäftigten der Wirtschaftlichen For-

41 Vgl. Michael RICHTER, *Die Entstehung der CDUD und der Prozess ihrer Einbindung in die politische Struktur der SBZ*, Hannover 1985, S. 116–120, 145–149.

schungsgesellschaft (WiFo) verteilt wurden, bei der Dornhofer als Bauaufseher zwangsverpflichtet war.⁴²

Begleitet wurden die absurden Vorwürfe der Sowjets von einer gezielten Pressekampagne gegen Dornhofer, der sich öffentlich nicht verteidigen konnte, da er entweder von der SMATH in Beschlag genommen wurde oder sich im Krankenhaus behandeln lassen musste.⁴³ Dem zunehmenden Druck zeigte sich Dornhofer nicht mehr gewachsen. Am 16. September 1947 reichte er Georg Schneider sein Rücktrittsgesuch als Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss des Landesverbandsvorstandes und als erster stellvertretender Landesverbandsvorsitzender ein.⁴⁴ Nun blieben Dornhofer nur noch seine Ämter als Kreisverbandsvorsitzender des Eichsfeldes, als Mitglied und Vorsitzender des Kreistages in Heiligenstadt sowie sein Mandat im Thüringer Landtag. Am 21. September 1947 schrieb der Tagesspiegel rückblickend, Dornhofer habe auf Veranlassung der SMA seinen Posten aufgeben müssen, da festgestellt worden sei, dass Dornhofer während seiner Dienstverpflichtung als Bauaufseher im Konzentrationslager Mittelbau-Dora die Arbeitskraft von zehn Buchenwald-Häftlingen »über Gebühr« ausgenutzt habe.⁴⁵

Mit der Wahl Trommsdorffs zum Landesvorsitzenden schlug die Thüringer Union einen »fortschrittlichen« Kurs ein. Dieser Schwenk war in der Landesvorstandssitzung am 20. September 1947 vorbereitet worden. In ihr hatte Landesgeschäftsführer Georg Schneider betont, dass die Landesleitung nur noch zu beurteilen habe, ob Dornhofer überhaupt in seinem Amt zu halten war. Berichten zufolge, die Dornhofer nach der Sitzung erhielt, hatten sich jedoch alle Anwesenden für ihn ausgesprochen. Dennoch ließ Major Powolotzki von der SMATH nur einen Beschluss gelten, nach dem Dornhofer für die CDUD nicht mehr tragbar sei.⁴⁶ Trommsdorff, der sich für eine uneingeschränkte Kooperation mit den Sowjets aussprach, wurde die Führung der Partei bis zum geplanten Landessonderparteitag im Oktober 1947 übergeben. Bereits wenige Tage später bereiteten die Sowjets Trommsdorff auf seine neue Funktion als Landesvorsitzender vor. Die CDUD Thüringens sollte sich

42 Vgl. Ida Zicke (geb. Conradi, Mitarbeiterin der WiFo in Heiligenstadt), Entnazifizierungsbescheinigung für Hugo Dornhofer, 24. Oktober 1947, ACDP 01-645-001/7; Karl Rabitz (Mitarbeiter der WiFo in Heiligenstadt), Entnazifizierungsbescheinigung für Hugo Dornhofer, 28. November 1947, Ebd.

43 Vgl. KIEFER (wie Anm. 3), S. 15.

44 Vgl. Hugo Dornhofer, Schreiben an den Landesverbandsvorstand der CDU Thüringen, z. H. Landesgeschäftsführer Georg Schneider, 16. September 1947, ACDP 01-645-002/1.

45 Vgl. Aktennotiz in Protokolle, Berichte und Materialien der Kreistagssitzungen des Landkreises Worbis 1947/48 (Thüringisches Staatsarchiv Gotha, Kreisrat des Landkreises Worbis, 12).

46 Vgl. Verhandlungsniederschrift über die Sitzung des Landesverbandsvorstandes Thüringen der CDUD, 20. September 1947, ACDP 03-031-161.

dem Willen der SMATH unterwerfen. Dornhofer war hierzu nicht bereit gewesen.⁴⁷

Dornhofers Rückzug aus der Landespolitik bildete eine tief einschneidende Zäsur in der Entwicklung der Thüringer Union. Es war der Auftakt für massive Eingriffe der Sowjets in die Befugnisse der CDUD-Landesleitung. So wurde im Dezember auch Georg Schneider von der SMATH abgesetzt und aus Thüringen ausgewiesen. Hiermit hatte die Union gegenüber den Sowjets beträchtlich an Terrain verloren, und das noch vor der sogenannten Kaiser-Krise im Konflikt um den Volkskongress.

Ursprünglich als letzte Initiative der SED zur Bildung eines gesamtdeutschen Gremiums gedacht, hatte sich die Ausrichtung der außerparlamentarischen »Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden« nach dem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz im November/Dezember 1947 und angesichts der sich abzeichnenden staatlichen Teilung Deutschlands geändert. Zwar forderte die SED auch weiterhin die Einheit Deutschlands und den Abschluss eines Friedensvertrages, aber im Rahmen der systematischen Angleichung des politischen und wirtschaftlichen Systems der SBZ an die Sowjetunion übernahm der Volkskongress und der von ihm gewählte Volksrat die Aufgabe, die Gründung eines ostdeutschen Staates quasiparlamentarisch zu legitimieren.⁴⁸

Jakob Kaiser hatte eine Beteiligung an diesem Gremium verweigert, da er zu Recht befürchtete, dass der Volkskongress nicht der Einheit, sondern der Teilung Deutschlands dienen werde. Kaiser erkannte in diesem ein Mittel der Sowjets zu dem Zweck, entweder alle Besatzungszonen oder, sollte das nicht gelingen, wenigstens die SBZ zu bolschewisieren und endgültig ihrem Machtbereich einzuverleiben. An freie Wahlen in der sowjetischen Zone, die dort noch viele Ost-CDU-Politiker für erreichbar hielten, glaubte er nicht mehr.⁴⁹ Auch fehlte dem Volksrat im Gegensatz zum Parlamentarischen Rat der Westzonen, der ein Grundgesetz für die zukünftige Bundesrepublik Deutschland erarbeitete, die demokratische Legitimation, was die CDUD-Führung zum Anlass genommen hatte, die gesamte Volkskongressbewegung abzulehnen.⁵⁰

47 Vgl. KIEFER (wie Anm. 3), S. 15, 17.

48 Vgl. Manfred KOCH, *Volkskongressbewegung und Volksrat*, in: Martin BROZAT/Her-mann WEBER (Hg.), *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949*, München 1990, S. 349.

49 Vgl. RICHTER (wie Anm. 41), S. 129–134.

50 Vgl. Stefan CREUZBERGER, *Opportunismus oder Taktik? Ernst Lemmer, die sowjetische Besatzungsmacht und der Umgang mit neuen »Schlüsseldokumenten«*, in: Michael RICHTER/Martin RISSMANN (Hg.), *Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung*, Köln 1995, S. 37–46.

Bei den nach Einheitslisten durchgeführten Wahlen am 15./16. Mai 1949 zum dritten »Deutschen Volkskongress«, die die regulären Landtags-, Kreis- und Kommunalwahlen ersetzten, stimmten 33,9 Prozent der Wähler in der SBZ und 48,4 Prozent im sowjetischen Sektor Berlins gegen die gemeinsame Kandidatenliste aller Parteien – und das bei einer allgemeinen Wahlbeteiligung von 92,5 Prozent und trotz der Anweisungen der SED-Innenminister zur Wahlfälschung.⁵¹ Mit fünfzig bis siebzig Prozent hatten die Eichsfelder die höchste Ablehnungsquote nicht nur in Thüringen (über 37 Prozent), sondern in der gesamten SBZ zu verzeichnen und damit erneut ihr Gespür für die Verletzung der demokratischen Rechtsordnung durch die SED unter Beweis gestellt.⁵² Man wollte vier Jahre nach der Zerschlagung der NS-Diktatur nicht völlig widerstandslos der Errichtung einer neuen Diktatur zusehen. Doch es nützte nichts. Zonenweit hatte der Volkskongress mit 66,1 Prozent Zustimmung seine Ziele erreicht: die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und die Verabschiedung einer entsprechenden Verfassung nach dem Entwurf der SED, die jedoch in ihrem Defizit an demokratischer Legitimation den Geburtsmakel der DDR begründen sollte.⁵³

Der auch innerhalb der CDUD geführte Konflikt um den Volkskongress führte Ende 1947 zur offenen Konfrontation zwischen dem Thüringer Landes- und dem Zonenvorstand und ließ die Auseinandersetzungen der »Kaiser-Krise« eskalieren, die in der Absetzung des Parteivorsitzenden am 19. Dezember gipfelte. Walther Georg Rückers prosowjetischer Kurs drohte nicht nur den Landesvorstand, sondern die Partei selbst zu spalten. Als Nachfolger der abgesetzten Führung Jakob Kaiser und Ernst Lemmer unterwarfen sich Generalsekretär Georg Dertinger und der neue Parteivorsitzende Otto Nuschke Schritt für Schritt dem Gleichschaltungswillen von Sowjets und SED. Die CDUD wurde »gesäubert«. Jeder, der verdächtig war, Kaisers Kurs weiterhin treu zu sein, wurde abgesetzt. Es genügte bereits, vor der Volkskongressbewegung und den Plänen ihrer Initiatoren zu warnen, um aus der Partei ausgeschlossen zu werden. Die Mitglieder der Union standen zwischen dem Zwang

51 Vgl. Jochen LAUFER, *Das Ministerium für Staatssicherheit und die Wahlfälschungen bei den ersten Wahlen in der DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 5/91, 25. Januar 1991, S. 17–30.

52 Vgl. Ergebnisse der Wahlen zum dritten Deutschen Volkskongress in den Gemeinden, 15./16. Mai 1949 (Thüringisches Staatsarchiv Gotha, Kreisrat des Landkreises Worbis, 220).

53 Vgl. Karl Wilhelm FRICKE, *DDR-Gründung und Opposition*, in: *Deutschland-Archiv*, Jg. 7, Nr. 9 (1974), S. 946–955; Andrea ZIEGER/Gottfried ZIEGER, *Die Verfassungsentwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands/DDR von 1945 bis zum Sommer 1952*, Köln 1990, S. 1–133; Siegfried SUCKUT, *Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung. Konzeptionelle Differenzen, Legitimations- und Akzeptanzprobleme*, in: *Deutschland-Archiv*, Jg. 25, Nr. 4 (1992), S. 370–384.

zur Anpassung und dem Willen zum Widerstand. Eine fast panikartige Zonenflucht setzte ein.

Nachdem die SMATH erfahren hatte, dass sich Dornhofer und einige Parteifreunde aus Heiligenstadt am 12. Februar 1948 mit dem abgesetzten Jakob Kaiser in Berlin getroffen hatten, neigte sich auch Dornhofers politische Laufbahn im CDUD-Kreisverband Worbis ihrem Ende entgegen. Unter dem Verdacht »konterrevolutionärer« Bestrebungen sah sich Dornhofer gezwungen, sowohl seinen Posten als Kreisverbandsvorsitzender als auch sein Mandat als Kreistagsvorsitzender des Landkreises Worbis niederzulegen.⁵⁴ Doch nicht nur er musste gehen, auch Mathilde Rosenhagen, stellvertretende Kreisverbandsvorsitzende und Geschäftsführerin des Kreisverbandes, räumte ihren Platz. Während einer schweren Erkrankung Dornhofers 1946/47 hatte sie den Parteiverband allein geleitet.

Auch anderen Funktionären des Kreisverbands wie Dornhofers Stellvertreter Fritz Baumgarten, Landrat Adolf Braedel und der Landtagsabgeordneten Gertrud Voigt drohten Verhaftungen. Dabei erwies sich das Verfahren der schrittweisen Absetzung als ein gängiges Prinzip der SMAD, gegen unliebsame Oppositionelle vorzugehen: Ähnlich wie Dornhofer war Gertrud Voigt ab 1947 zwar ein Engagement im Kreisverband verboten, ihre Mandate im Landtag, im Kreistag und im Stadtrat durfte sie aber behalten.

Dem »fortschrittlichen« Kurs des Zonenvorstandes folgend, unterstützte die neue Eichsfelder Parteiführung die Volkskongressbewegung. Bereits zwei Tage nach Dornhofers Absetzung erklärte sich Karl Löffelholz als Vorsitzender des Ortsverbandes Leinefelde in einer Vorstandssitzung bereit, nomineller Vorsitzender des Volkskongresses zu werden. Doch eine Woche später standen die anderen Vorstandsmitglieder nicht mehr hinter Löffelholz. Seine abfälligen Äußerungen über Kaiser und sein Bekenntnis, dass ein Politiker »heute nur zwei Möglichkeiten habe, entweder ein Märtyrer oder ein Verräter zu werden«, hatten den Vorstand brüskiert. Nur Walther Georg Rückers Intervention war es zuzuschreiben, dass Löffelholz dennoch bis zum außerordentlichen Kreisparteitag die kommissarische Leitung des Kreisverbandes Worbis übernahm. Die Kreiskonferenz am 20. März 1948 in Heiligenstadt bestätigte ihn jedoch nicht in seinem Amt – sehr zum Missfallen Rückers. An der Basis war die CDUD noch nicht gleichgeschaltet.

Dornhofers Nachfolger als Parteivorsitzender wurde Robert Rittmeier, zweiter Vorsitzender Paul Schyma, zugleich Sekretär im ständigen Ausschuss des Volkskongresses. An der Wahl des Vorsitzenden hatten sich Dornhofer und Mathilde Rosenhagen nicht beteiligen können, da für diesen Tag ihre An-

⁵⁴ Hugo Dornhofer, Schreiben an die stellvertretenden Vorsitzenden des Kreistages des Landkreises Worbis, August Gothe und Ida Geissler, sowie zur Kenntnisnahme des Kreisrates, z. H. Landrat Braedel, 19. Februar 1948, ACDP 01-645-002/1.

wesenheit in der Konferenz und Dornhofers generell in Heiligenstadt von offizieller Seite nicht erwünscht war. An der Entscheidung des Kreisverbandes hatten sie folglich keinen Anteil.⁵⁵ Nach Vorgesprächen zwischen SMATH und Landrat Braedel trat Siegfried Schmauser (CDUD) die Nachfolge Dornhofers als Kreistagsvorsitzender an.⁵⁶ Da Dornhofer von allen Entscheidungsfindungen der Partei ausgeschlossen worden war, stellte er auch sein Amt als Vorsitzender des Hauptausschusses zur Verfügung.⁵⁷

Der von den Sowjets erzwungene Rückzug Dornhofers aus seinen politischen Spitzenämtern auf Landes- und Kreisebene stellte nicht nur für die Christdemokraten des Eichsfeldes, sondern auch für Dornhofer persönlich einen tiefgreifenden Einschnitt dar. Während die Union des Kreises Worbis gleichgeschaltet wurde und eine »fortschrittliche« Führung bekam, war Dornhofer sein Hauptarbeitsfeld und Lebensmittelpunkt seit 1945 größtenteils genommen. Gegen die Allmacht der SMATH hatte er politisch nichts ausrichten können. Sein Fall war symptomatisch für den Untergang der »alten Union« Kaisers und kann als ein typisches Oppositionellenschicksal in der Übergangsphase von der SBZ zur DDR gelten, das stellvertretend für die bislang geschätzten 150.000 bis 200.000 Opfer politischer Strafverfahren unter dem SED-Regime steht. Unter Dornhofers Nachfolger Rittmeier war die politische Führung des Eichsfeldes innerhalb von sechs Wochen auf den »fortschrittlichen« Kurs der Landes- und Zonenleitungen umgeschwenkt. Die neue Führungsmannschaft scheute den Kontakt zu den Sowjets nicht und war nicht mehr als ein verlängerter Arm der SED.

Mit dem Rücktritt der alten Eichsfelder Parteispitze 1947/48 war, ähnlich wie auf Zonenebene, der größte Widerstand gegen die Gleichschaltung des mitgliederstarken CDUD-Kreisverbandes überwunden. Auch für die Heiligenstädter Parteileitung bildete dabei der Konflikt um die Volkskongressbewegung die Wendemarke. Die letzten innerparteilichen Auseinandersetzungen entstanden im Zusammenhang mit der Zustimmung der Parteiführung zur Einheitslistenwahl 1950 und der Verabschiedung der »Thesen des christlichen Realismus« auf dem sechsten Parteitag 1952.⁵⁸ Anders als in den meisten Gebieten der übrigen DDR war es der SED im Eichsfeld zwar nicht direkt gelungen, die Macht durch die Oktroyierung des Sowjetsystems kraft Okkupationsgewalt zu erringen. Die Gleichschaltung des dominierenden CDUD-Kreisverbandes erfüllte aber den gleichen Zweck. Die Entscheidungsträger der neuen Parteiführung hatten der Sowjetisierung zugestimmt, wohlwissend, dass

55 Vgl. BOBROWSKI (wie Anm. 13), S. 152.

56 Siegfried Schmauser war der Direktor der Nadelfabrik in Heiligenstadt, in der Dornhofer in den zwanziger Jahren als Tischler gearbeitet hatte.

57 Hugo Dornhofer, Schreiben an Fritz Baumgarten, 6. April 1948, ACDP 01-645-002/1.

58 Vgl. BOBROWSKI (wie Anm. 13), S. 153.

sie es allein der Allmacht der SMATH verdanken, ihren »fortschrittlichen« Kurs und die damit verbundenen Vorstellungen von der inneren Struktur einer Partei des »Christlichen Realismus« durchgesetzt zu haben. Unter der Voraussetzung eines wirklichen Entscheidungsspielraums und der Freiheit des politischen Handelns wären die SED-konformen Kräfte der Eichsfelder Union mit ihren Plänen wohl kläglich gescheitert.

Das Eichsfeld war ein Sonderfall in der politischen Landschaft Ostdeutschlands. Unter Dornhofers Führung hatten die Eichsfelder Christdemokraten den stärksten Kreisverband innerhalb der CDUD aufgebaut und die Parteipolitik auf Landes- und Zonenebene mitbestimmt. Zu Recht bezeichnete Dornhofer das Eichsfeld als eine politische Säule der Union. Selbst Dornhofers Absetzung konnte nicht verhindern, dass die Unionsmitglieder auf Kreis- und vor allem auf Ortsebene weiterhin an Kaisers Kurs festhielten und sich programmatisch mehr und mehr von der neuen »fortschrittlichen« Parteileitung entfernten.⁵⁹ Dornhofers Beispiel hat wohl sogar mit dazu beigetragen, dass an der Partebasis die Ziele und Ideale aus der Gründungsphase der CDUD über die Zeit des SED-Regimes gerettet wurden, selbst wenn der parteioffizielle Kurs von ihnen abwich. Dies könnte auch erklären, warum nach der Wende 1989 erneut überproportional viele Katholiken politische Mandate im Eichsfeld übernahmen und das in der Nachkriegszeit entstandene Dreieck von Katholizismus, Kirche und Ost-CDU wiederaufleben ließen.

Auszüge aus den Tagebüchern Hugo Dornhofers

Nach eigener Aussage hat Dornhofer oft damit begonnen, ein Tagebuch zu führen. Äußere Umstände widriger Art verhinderten aber eine kontinuierliche Fortsetzung seiner Aufzeichnungen. Immer wenn Dornhofer seinen Beruf oder Arbeitsplatz wechselte und somit wenig Zeit zur Erinnerung und Reflexion fand oder umzog und sein altes Tagebuch verlegte, riss der rote Faden in seinen Notizen ab. Sein Tagebuch sollte nicht nur die laufenden Ereignisse in chronologischer Reihenfolge festhalten, sondern auch wiederauftauchende Erinnerungen aus dem Blickwinkel der Retrospektive enthalten.⁶⁰ Diese Mischung aus Schilderungen, die sich auf unmittelbar vorhergehende Ereignisse beziehen, und Aufzeichnungen, die bereits lang zurückliegende Begebenheiten aufgreifen und bewerten, erschwert eine systematische Auswertung. In vielen Fällen ist aufgrund fehlender Angaben zur Abfassungszeit eine genaue Datierung von Dornhofers Tagebüchern nicht möglich.

⁵⁹ Vgl. M. KIEFER (wie Anm. 3), S. 28f.

⁶⁰ Vgl. Hugo DORNHOFER, *Schlachtfelder und Gefangenenlager*, o.D., S. 1, ACDP 01-645-004/2.

Tagebucheintragen nach dem 26. Juli 1948

»Es sollte gegen Jakob Kaiser gehen. Das wurde mir nicht so trocken vorge-
setzt, sondern war tropfenweise zu erraten. ... Ich sollte ganz schlicht und ein-
fach, so wie es Adolf unseligen Angedenkens gemacht hatte, mit der Demo-
kratie die Demokratie abwürgen, erschlagen und tot machen. Ich sollte mit
dem Parlamentarismus den Parlamentarismus töten, auf vollkommen legalem
Wege und ordnungsgemäß. Das will das Volk, das wünscht das Volk und dem
Wunsche des Volkes muss Rechnung getragen werden. Es ist auch zum Nutzen
des Volkes und der Nutzen des Volkes ist oberstes Gesetz.«⁶¹

»Die Bewegungen und Organisationen aber, die ihre Grundlagen und Grund-
sätze von den unvergänglichen Werten des Christentums herleiten und danach
handeln, werden durch Verfolgung, Unterdrückung, Not und Sorge nur immer
stärker und innerlich fester. Die können nur von eigenen Leuten, von innen
heraus, von Verrätern ausgehöhlt und geschwächt werden, niemals von au-
ßen.«⁶²

»Wir waren uns bewusst, dass wir ideologisch gegen eine Welt von Feinden
standen. ... Es war doch nicht so, dass die Feindmächte nur den Nazismus
treffen und vernichten wollten. Auch das deutsche Volk in seiner Tüchtigkeit
sollte gelähmt werden. Wollen wir nicht zum ausgesprochenen Helotenvolk
und Spielball der Interessen der Feindmächte werden, muss bei aller Aner-
kennung der auf uns lastenden Schande und Schmach ein Mindestmaß an Wür-
de Bestandteil des Handelns und Auftretens der verantwortlichen Männer sein.
Auch und gerade den Besatzungsmächten gegenüber. Das bedingt die Her-
auskehrung eines bestimmten Eigenlebens, einer Eigenständigkeit, ja sogar ei-
ner gewissen Eigenwilligkeit. In der Handhabung dieser Klaviatur ist er (Jakob
Kaiser) in der Zone und ich in Thüringen und hier (im Eichsfeld) weit über
die damalige Zeit hinausgeschossen.«⁶³

»Die herrschende Geisteshaltung und Grundeinstellung überdauert Generati-
onen, Wirtschaftsformen und Diktatur und Terror und Besatzungs- und Ok-
kupationszeit. ... Enkel und Urenkel werden von der heutigen Zeit erzählen
hören und selbst erzählen, und dann werden blühende Jungfrauen und Jüng-
linge kommen und ein schönes Lied singen auf die Unentwegten. ... So viel
ist heute schon klar, der Ansturm ist abgewehrt, Deutschland wird nicht zin-

61 DERS., *In jener Zeit. Aus meinem Tagebuch*, verfasst ab 26. Juli 1948, S. 62f., ACDP 01-645-006/2.

62 EBD., S. 79.

63 EBD., S. 289f.

noberrot und das Eichsfeld hat seine Eigenart bewahrt. ... Und wenn wir selbst die Fahne auch nicht mehr sollten vorantragen können, dann mögen es die Kinder und Kindeskinde ... tun.«⁶⁴

»Wir, die CDU, waren diesen Menschen [den Sowjets] wie das Christentum im Allgemeinen und der Katholizismus im ganz Besonderen etwas Unbegreifliches, etwas Unerforschtes. Sie trauten uns schwarze, geheime Untiefen und Kräfte zu, wir waren mit einem Wort die große Unbekannte.«⁶⁵

»Der Druck auf die Beeinflussung unserer Geisteshaltung wurde immer größer. Es kam die sogenannte Volkskongressbewegung. In dieser Frage hatte die Reichsleitung der CDU versagt. Wir draußen im Schützengraben und auf den Feldwachen, im Vorfeld des politischen Kampfes, waren vollkommen auf uns allein angewiesen. Instinktiv waren wir dagegen und witterten die Gefahr, die in der Unaufrichtigkeit und Unwahrhaftigkeit lag. ... Viel zu spät und erst als die heroischsten Kämpfe im Lande wirkungslos verpufft waren, kam die Stellungnahme und klare Ablehnung seitens des Vorstandes. Der Volkskongress brachte die Scheidung der Geister, das war das Schlachtfeld, auf dem sich die Fronten klar abzeichneten.«⁶⁶

»In einer Vorstandssitzung, in der alle Anwesenden wie noch nie bewegt waren, wurde noch einmal die Lage gepeilt und offene Worte gesprochen. Ich bat dringend um größte Vertraulichkeit. Einige Tage darauf erzählte mir Rücker in Weimar, dass ihm ein Vertrauensmann von ihm den Inhalt dieser Vorstandssitzung mitgeteilt habe. Er gab zu, dass es Schulrat Wenzel gewesen ist. Am Tage darauf wussten es die Russen. Rücker gab zu, dass er es ihnen gesagt habe und einige Tage darauf waren Fräulein Rosenhagen und ich von den Russen abgesetzt. ... Dass ich vollkommen ausgeschaltet wurde mit Ausnahme der Ausübung der Mandate ist nicht meine Schuld und auch nicht die Schuld der Russen, sondern Schuld meiner Nachfolger.«⁶⁷

Tagebucheintrag 31. August 1948

»Es zeigte sich ..., es tut mir leid, es sagen zu müssen, dass die, die ich nie als Freunde betrachtete, mich beschämten und eine anständigere Gesinnung an den Tag legten als die angeblichen Gesinnungsfreunde. Zu begreifen, was mir damit angetan wurde, dazu sind diese fünf (Rittmeier, Jünemann, Heinevet-

64 EBD., S. 188, 323f.

65 EBD., S. 76.

66 EBD., S. 116f.

67 EBD. S. 117, 324.

ter⁶⁸, Schotte⁶⁹ und Schyma), die ich in erster Linie für die Vorgänge verantwortlich mache, zu dumm; oder zu borniert. ... Ich bewundere nur den traurigen Mut, angesichts dieser Tatsache von der Einhaltung des alten Kurses zu sprechen, und von der Unverfrorenheit, sich auf uns zu berufen. ... Wie sich Kaiser mit Recht dagegen verwahrt, wenn Nuschke versuchen würde, seine Politik als Fortsetzung der Politik Kaisers zu bezeichnen und ihn vor der Geschichte damit zu belasten, so werde ich mich hier dagegen verwahren und das ist gutes Recht jedes zwangsweise Abgesetzten.«⁷⁰

»Es soll sich niemand einer Täuschung hingeben, weder Kaiser noch ich waren, noch wird jemand in Zukunft, solange wir eine Besatzung haben, in der Lage sein, die CDU aufzulösen. Die Entscheidung, wie weit gegangen werden kann, muss jeder selbst in seinem Gewissen treffen. Er muss auch die Verantwortung selbst tragen und kann sie nicht auf andere abwälzen.«⁷¹

»Der Kreistag ist nicht einmal ein Schatten dessen mehr, was er war; die Veränderungen im Kreisbildungsamt sind so, dass noch vor einem Jahr jeder auf Ehrenbeleidigung verklagt worden wäre, der den jetzigen Zustand nur für möglich gehalten hätte, in der Sequester-Frage ist das Tor zu und verriegelt, über den Unterschied in der Kreisverwaltung soll gar nicht gesprochen werden, Ansehen und Einfluss der CDU hier [im Eichsfeld] und in Weimar ist dahin.«⁷²

Tagebucheintrag 12. Oktober 1948

»Angefangen vom Kreis über die Landesleitung bis zur Zone war das einmal vorhandene Vertrauen restlos verwirtschaftet worden. Ich hatte Wert darauf gelegt, die Partei zu einer Gesinnungsgemeinschaft zu erziehen, und ein halbes Jahr hatte man gebraucht, das kaputt zu machen.«⁷³

Tagebucheintrag 17. Dezember 1949

»Kompromisslosem Doktrinisismus muss kompromisslose Eigenständigkeit, Eigenwollen und, wenn notwendig, die nötige Opferbereitschaft entgegenge-

68 Karl Heinevetter war ein Gründungsmitglied der Eichsfelder CDUD.

69 Hans Schotte war Stadtinspektor und Vorsitzender der CDUD-Ortsgruppe Heiligenstadt. Vgl. Fragebögen der CDU-Bürgermeister des Landkreises Worbis, 1947, ACDP 03-031-305.

70 Hugo DORNHOFER, *Tagebuchaufzeichnung*, 31. August 1948, S. 13, 19, 21, ACDP 01-645-006/2.

71 EBD., S. 20.

72 EBD., S. 15.

73 DERS., *Tagebuchaufzeichnung*, 12. Oktober 1948, S. 3, ACDP 01-645-006/2.

setzt werden. ... Das Blut der Märtyrer ist der Samen für die Zukunft einer Idee. ... Die Geisteshaltung und Einstellung ist heute so, dass ein Mahnmal für die Freiheit, für den Frieden unter den Menschen und für gleiches Recht aufgerichtet werden muss, damit die Menschen, die unserer Weltschau sind, wieder Mut bekommen und mit dem Mut sich wieder ihrer Stärke bewusst werden.«⁷⁴

Tagebucheintrag September 1950

»Und dann fassen sich die Menschen an den Kopf und sagen: ›Wie konnten wir diesen Verführungskünsten unterliegen und wie konnten wir uns so einschüchtern lassen!‹ Und kommt die zweite Bewährungsprobe, fallen sie wieder um, für Kuh und Kalb, für Apfel und Ei verkaufen sie ihr Leben und ihrer Seele Seligkeit. ... Die Menschen sind schwach geworden, schwach und ängstlich und feige.«⁷⁵

74 DERS., *Aus meinem Tagebuch, Tagebuch Nr. 33*, 17. Dezember 1949, S. 16, 19f., ACDP 01-645-003.

75 DERS., *Aus meinem Tagebuch: Fragmente!*, *Tagebuch Nr. 58*, September 1950, S. 17f., Ebd.